

## Die Betriebsgruppe - die Grundlage der Parteiorganisation

Die Wahlen der Gewerkschaftsdelegierten in den Betrieben der sowjetischen Besatzungszone werfen verschiedentlich auch ein scharfes Licht auf schwache Stellen unserer Parteiarbeit. Das erste, was bei einer Betrachtung sofort in die Augen springt, ist, daß die Zahl der Betriebsgruppen in vielen Orten nicht dem Einfluß und der Zahl der Parteimitglieder in den Betrieben entspricht. So fanden z. B. im Kreis Bernau (Provinz Brandenburg) in dreißig Betrieben von unserer Partei einberufene Betriebsversammlungen statt, jedoch sind unsere Mitglieder in keinem dieser Betriebe zu Betriebsgruppen zusammengefaßt. Es zeigten sich auch Schwächen anderer Art. Im Kreis Luckenwalde gibt es angeblich 13 Betriebsgruppen der Partei. Bei näherem Zusehen erwiesen sich diese jedoch als Papiergebilde. Zahlreich sind die Betriebsgruppen, die noch keinerlei aktives Parteileben entwickeln. Sie beschränken sich mehr oder weniger auf die kassentechnische Erfassung der Parteimitglieder. Die Folgen dieser Schwächen und Mängel sind gerade heute besonders fühlbar. Durch das Fehlen wirklich praktisch arbeitender Betriebsgruppen und operativer Betriebsgruppenleitungen und das gilt sowohl für die KPD als auch für die SPD im Betrieb, kommt es nicht zur Entfaltung einer systematischen Betriebspolitik. Meist bleibt die Betriebsarbeit — von rühmlichen Ausnahmen abgesehen — eine kampagnenhafte Angelegenheit.

Dieses zusammenfassende Urteil ist scharf, wir wissen das, entspricht aber den Tatsachen. Viele Parteileitungen, ja Bezirksleitungen haben offensichtlich noch nicht begriffen, daß die Betriebsgruppen die Grundlage unserer Parteiorganisation sind. Das kann zu ernststen Störungen unserer Parteiarbeit und damit im Zusammenhang zu einer Verzögerung, zu einer Verlangsamung des Tempos der Aufbauarbeit führen. Nicht Parteiinteressen sind es, die uns veranlassen, für die KPD wie für die SPD den Aufbau von Betriebsgruppen zu fordern, sondern Aufbauinteressen, Volksinteressen.

Unsere Partei als führende Partei in der Gestaltung eines antifaschistischen, demokratischen Deutschlands ist an der möglichsten Beschleunigung der Wiedereingangssetzung der Betriebe, der möglichst raschen Organisierung eines vollpulsierenden Wirtschaftslebens auf das lebhafteste interessiert; denn das ist die Voraussetzung zur Überwindung der Not und für bessere Lebensbedingungen der Arbeiterschaft und unseres gesamten werktätigen Volkes. Der für den Aufbau einer neuen demokratischen Wirtschaft Maschinen, Rohstoffe, Halb- und Fertigfabrikate liefernde Betrieb kann heute nicht mehr nur als ein rein nach Profitinteressen betriebenes kapitalistisches Unternehmen angesehen werden. Das allgemeine Wohl und die allgemeine Lebenslage sind dafür viel zu sehr von dem ordentlichen Gang der Produktion abhängig. Die Erfüllung

der Produktionspläne für das Jahr 1946 beispielsweise ist nicht eine Angelegenheit, die nur in den Büros der Direktion oder der Betriebsleitungen allein besprochen werden kann. Wege und Mittel zu finden, alle Kräfte für die ständige Steigerung der Produktion, für die Beschleunigung des Aufbaus einzusetzen, ist heute Sache aller in einem Betrieb Beschäftigten. Mit gutem Recht fordern daher die Arbeiter die Sicherung ihres vollen Mitbestimmungsrechtes an der Produktionsgestaltung und in allen betrieblichen Fragen durch ihre Betriebsräte und Gewerkschaften. Dasselbe öffentliche Interesse liegt vor bei der restlosen Säuberung der Betriebe von faschistischen Unternehmern, Direktoren und Betriebsleitern. Der Kampf für die Zerschlagung der Trusts und Konzerne und gegen die Versuche der Aufrechterhaltung gewisser Produktionsmöglichkeiten für Rüstungszwecke kann ohne starke politische Kontrolle im Betrieb durch die Organe der Belegschaft nicht in der notwendigen Schärfe geführt werden. Um aber alle diese Aufgaben im Betrieb zu lösen, sind starke Betriebsgruppen unserer Partei und der SPD nötig. Sie sind ein wichtiges Teilstück der neuen, lebendigen, kämpferischen Demokratie. Dort, wo sie fehlen, leiden die Demokratie und das Volksinteresse Schaden. (Dort, wo sie schlecht arbeiten, fehlt es an wirklich kämpferischem Geist und leidet das Volksinteresse ebenfalls.)

Das, was wir bis jetzt ausführten, soll aber nicht bedeuten, daß sich die Betriebsgruppen nur um Fragen der „hohen Politik“ zu kümmern hätten und das Verlangen der Belegschaft nach Verbesserung des Arbeiterschutzes oder die Fragen des Essens in der Betriebsküche, der Lehrlingsausbildung oder der Forderung der Frauen und Jugendlichen nach gleicher Lohnzahlung für gleiche Arbeitsleistung und andere soziale Fragen unbeachtet lassen könnten. Diese zu leistende beharrliche Kleinarbeit schafft das Vertrauen der Belegschaft und gibt überhaupt erst die Möglichkeit, auch die politischen Fragen im Betrieb zu stellen. Betriebsgruppen, die so ihre Aufgaben sehen, werden auch in der Lage sein, den Betriebsräten Hilfe zu geben, was bisher nur selten der Fall war.

Die Notwendigkeiten und Aufgaben, die sich für die Arbeiterklasse heute in den Betrieben ergeben, haben auch die SPD veranlaßt, ebenfalls zur Bildung von Betriebsgruppen überzugehen. Das ist ein erfreuliches Zeichen und nur zu begrüßen. Die Basis beider Parteien erhält damit neue Grundlagen für die noch engere Gestaltung der Aktionseinheit zwischen KPD und SPD zur gemeinsamen Lösung aller vor der deutschen Arbeiterschaft und dem deutschen Volk stehenden Fragen und Probleme. Es gibt bereits eine Reihe Betriebe, darunter Großbetriebe bis zu 16000 Mann, in denen die Betriebsgruppen der KPD und SPD feste Arbeitsgemeinschaften gebildet haben, ihre Leitungssitzungen, Mitglieder- und Funktionärversammlungen sowie Schulungsveranstaltungen gemeinsam durchführen und die zu leistenden Arbeiten gemeinsam besprechen und festlegen. Diese brüderliche Zusammenarbeit, über deren Erfahrungen wir laufend berichten werden, fördert die Sache der Einheit in beachtlichem Maße. Die Realisierung der Einheit der KPD- und SPD-Betriebsgruppen aber ist die Realisierung der Einheit der Arbeiterklasse.